

## KOPF DER WOCHE

## Tina Sarli



Die Lehrerin ist Co-Organisatorin des Frauenparlaments Schwyz vom Samstag.

**Welches war Ihr grösstes Abenteuer?**

Der erste längere Auslandsaufenthalt.

**Worin sind Sie ein gutes Vorbild?**

Ich kann sehr effizient arbeiten, wenn es darauf ankommt.

**Wen würden Sie wählen, wenn Sie einen Tag jemand anderes sein müssten?**

Ich möchte mit niemandem tauschen. Ich hätte aber gerne mal einen Tag mit Toni Morrison oder James Baldwin verbracht.

**Was ist der beste Rat, den Sie jemals bekommen haben?**

«Do your best with what you've got.»

**Wohin gehen Sie, um zu entspannen?**

Meistens ans Wasser: an den See, ans Meer, an einen Fluss.

**Was war Ihr Berufswunsch als Kind?**

Tierärztin.

**Was würden Sie Ihrem jüngeren Ich gerne sagen?**

Lies weiter, du machst das ganz wunderbar. Es warten noch so viele spannende Geschichten auf dich.

**Welche Jahreszeit haben Sie warum am liebsten?**

Herbst, wegen der Farben und des Blattentellers in der Wildzeit.

**Wie engagieren Sie sich im Frauenparlament?**

Das OK hat äusserst engagiert und professionell gearbeitet, und wir haben uns alle gut ergänzt und gegenseitig unterstützt. Ich habe sehr viel von den Frauen gelernt.

**Haben Sie irgendwelche Wünsche bezüglich des Frauenparlaments?**

Ich freue mich, dass nach intensiven Wochen der Vorbereitung und Kommissionsarbeiten nun die verschiedenen Forderungen im Frauenparlament dargelegt werden. Der politische Gestaltungswille und das Verlangen nach Veränderung sind gross und werden nun sichtbar. Und: dass die Frauen für den politischen Alltag gerüstet und ermutigt worden sind, politische Wirkung zu erzielen, indem sie beispielsweise auch ein politisches Amt antreten.

**Geburtsdatum:** 31. März 1980

**Beruf:** Lehrerin

**Wohnort:** Brunnen

**Lieblingsgericht:** Spaghetti Aglio, olio & peperoncino

**Lieblingsgetränk:** Cola, Wein, Mineralwasser

**Lieblingsferienort:** Strände in Italien

**Lieblingstier:** Pferd

# 116 Ukrainer dürfen arbeiten

23 Personen mit Schutzstatus S sind bei den Arbeitsvermittlungszentren gemeldet.

Andreas Seeholzer

Gesucht werden für den August befinden sich 1023 Personen mit Schutzstatus S im Kanton Schwyz. Davon sind 603 im erwerbsfähigen Alter (18–64). Erwerbstätig sind 116 Personen. Dies heisst es von der Schwyzer Regierung in der Beantwortung der Kleinen Anfrage «Ukrainer auf dem Arbeitsmarkt» der beiden SVP-Kantonsräte Samuel Lütolf (Küssnacht) und Roman Bürgi (Goldau).

Der Schutzstatus S erlaubt es Schutzsuchenden, einer Arbeitstätigkeit in der Schweiz nachzugehen. Die Zulassung erfolgt bei einem Angestelltenverhältnis durch die kantonale Arbeitsmarktbehörde auf Gesuch des Arbeitgebers.

**Drei Gesuche wurden abgelehnt**

In der Kleinen Anfrage wollten die beiden Kantonsräte wissen, wie viele Ukrainer mit Schutzstatus S sich zurzeit im Kanton Schwyz befinden, wie viele einer Arbeitstätigkeit nachgehen und wie viele bei den regionalen Arbeitsvermittlungszentren gemeldet sind. Bis am 31. August sind beim Amt für Arbeit insgesamt 122 Gesuche um Erteilung einer Arbeitsbewilligung für Personen mit Schutzstatus S mit Stellenantritt im Kanton Schwyz eingegangen. Davon wurden 116 Gesuche bewilligt. Drei Gesuche wurden abgelehnt, und drei weitere Gesuche wurden von den Gestellern zurückgezogen.

Per 31. August waren insgesamt 23 Personen mit Schutzstatus S bei den regionalen Arbeitsvermittlungszentren in Goldau (11) und Lachen (12) gemel-



Die Eingangstür zur Zeltstadt für ukrainische Flüchtlinge in Seewen.

Bild: Andreas Seeholzer

det. «Es ist darauf hinzuweisen, dass diese Personen auch ohne Anmeldung beim RAV Zugang zum Job-Room, dem Stellenportal der öffentlichen Arbeitsvermittlung, haben», schreibt die Schwyzer Regierung. Gemäss dem Amt für Migration befinden sich 1023 Personen mit Schutzstatus S im Kanton Schwyz. Davon sind 603 im erwerbsfähigen Alter (18–64). Erwerbstätig sind

116 Personen, was einer Erwerbstätigenquote von 19,23 Prozent entspricht. Diese Erwerbstätigenquote liegt laut Regierung über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt.

**Sprache, Ausbildung und Ungewissheit**

Gemäss dem kürzlich im August veröffentlichten Bericht der Forschungs-

stelle Sotomo liegen die Gründe, warum Unternehmen von der Einstellung einer Person mit Schutzstatus S absehen, meistens bei den ungenügenden Sprachkenntnissen, den nicht passenden Qualifikationen und bei fehlenden langfristigen Perspektiven der Unternehmen aufgrund der Beschränkung des Schutzstatus S auf ein Jahr.

## Jetzt wird von der Regierung eine Digital-Offensive gefordert

Bei der Digitalisierung gehe beim Kanton zu wenig oder das Falsche. Bürgerliche Parlamentarier fordern nun einen grossen Schritt vorwärts und sparen nicht mit Kritik.

Jürg Auf der Maur

Es ist ein Vorstoss, aber ein saftiger: In einer Motion fordern nämlich nicht nur neun Parlamentarier aus allen bürgerlichen Fraktionen endlich Schritte Richtung Digitalisierung beim Kanton. Sie sparen auch nicht daran, indirekt an der diesbezüglichen bisherigen Arbeit von Regierung und Verwaltung Kritik zu üben.

Konkret: Das bisherige E-Government-Gesetz sei zu revidieren und allenfalls durch ein eigentliches Digitalisierungsgesetz zu ersetzen. Und: Für den Kanton sei eine Digitalisierungsstrategie zu erarbeiten. «Das eGov-Gesetz von 2007 war gut gemeint, wurde aber nicht umgesetzt», begründet GLP-Präsident Lorenz Ilg. Bevölkerung und Unternehmen würden im Kanton Schwyz seit Jahren warten, «dass es mit der Digitalisierung vorwärtsgeht». Formulare sollen nicht mehr ausgedruckt und unterschrieben werden müssen. Und wer zum Beispiel im Kanton Schwyz umziehe, solle nicht mehr auf der Gemeindeverwaltung erscheinen müssen.

Der Kanton Schwyz sei von «derartigen Vereinfachungen weit entfernt», halten die neun Kantonsräte im Motionstext fest. Neben den fünf GLP-Kantonsräten stellen sich auch Dominik Blunschy, Die Mitte, Schwyz, Alfred



GLP-Präsident Lorenz Ilg kritisiert in einer überparteilich eingereichten Motion die bisherigen Digitalisierungsarbeiten beim Kanton.

Bild: Erhard Gick

Kälin, SVP, Einsiedeln, FDP-Präsident Urs Rhyner, Schindellegi, und Stefan Langenauer, Die Mitte, Wollerau, hinter die Forderungen.

**Zweifel am bisherigen Amt für Informatik**

Konkret kritisiert Ilg denn auch, wie das Transparenzgesetz bezüglich Digitalisierung umgesetzt worden sei. Dieses kommt Ende September nun erstmals zu tragen und forderte von den

Parteien Einsicht in die Budgets. Für die Kandidierenden mussten gleichzeitig deren Verbindungen offengelegt werden. «Der Prozess zur Erhebung der Daten war reichlich analog und mit Medienbrüchen gepflastert. So musste von den Parteien ein Formular von der Homepage des Kantons heruntergeladen und anschliessend ausgefüllt, unterschrieben und per E-Mail eingereicht werden.» Der Inhalt sei dann wieder in einem anderen, neuen For-

mat publiziert worden. «Wir sind also meilenweit entfernt von einem digitalen, durchgängigen Prozess», betont Ilg.

Kritisiert wird denn auch die Arbeit der bisherigen E-Government-Kommission. Es sollte, so heisst es im Vorstoss, darüber nachgedacht werden, «die Kommission neu als Fachkommission aufzustellen». Diese soll vom Kantonsrat gewählt werden, wobei die Hälfte aller Mitglieder die Einberufung einer ausserordentlichen Sitzung verlangen können. Die Kommission soll nicht nur regelmässig zusammensitzen und «echte Kompetenzen» erhalten, sondern in einem jährlichen Bericht auch darlegen, was gemacht wurde. Gefordert wird «eine umfangreichere, tiefergehende Berichterstattung aus der Kommission».

Vorgeschlagen wird – wie das in anderen Kantonen bereits gang und gäbe ist – ein Zusammenarbeitsgremium. Dieses soll dafür besorgt sein, dass Kanton, Gemeinden und Bezirke und weitere Körperschaften digital verknüpft werden, wie es das Gesetz vorsehe. Dabei wird daran gezweifelt, dass das bisherige Amt für Informatik die Digitalisierung zweckmässig umsetzen könne. Deshalb wird auch gefordert, die «Organisation für eine zweckmässige und effiziente Umsetzung zu überprüfen».